

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/32

Bonn, den 15. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1c	<u>Finanzpolitik und Sachverständigengutachten</u>	212

Von Dr. Alex Möller, MdB

2	<u>Bereit zur Versöhnung</u>	43
---	------------------------------	----

Botschaft der Vertriebenen - Eine notwendige Erinnerung

3 - 4	<u>VOR ZWANZIG JAHREN</u>	91
	Grotewohls Verrat	
	Von Harald Frisch	

5 - 6	<u>Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie</u>	96
-------	---	----

Europa 1918 - 1938

BUCHBESPRECHUNG

+ + +

Finanzpolitik und Sachverständigengutachten

Von Dr. Alex Möller, MdB

Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche findet im Bundestag die Debatte zum Jahresgutachten 1965/66 des Sachverständigenrates statt. Die vorläufigen Zahlen über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Jahr 1965 sind mittlerweile veröffentlicht worden. Sie bestätigen die von mir mehrfach geäußerten Prognosen über den Ablauf des Bundeshaushalts. Es ist nicht gelungen, die optische Grenze des Bundesetats 1965 bei 63,9 Milliarden DM zu belassen. Die Mehrausgaben betragen rund 2 Milliarden DM; sie entfallen auf

Bundesbahn	mit 1.500 Millionen DM
Kapitalhilfe an Entwicklungsländer	150 Millionen DM
Prämien sparen und Wohnungsbauprämien	260 Millionen DM
Knappschaft, Steinkohle- und Eisenerzbergbau	110 Millionen DM
Sonstige Mehrausgaben im sozialen Bereich, Kindergeld, Kriegsopferversorgung usw.	55 Millionen DM
Kriegsopferfürsorge	90 Millionen DM.

Der Bundesfinanzminister muß die Abweichung des Haushalts-Solls 1966 mit 63,9 Milliarden DM vom Haushalts-Ist mit 65,8 Milliarden DM zugeben. (Hinzu kommen die nicht im Haushaltsplan realisierten Ausgabeverpflichtungen von: Zuschüsse an die Rentenversicherungen 750 Millionen DM, Investitionsfinanzierung durch die Öfffa 400 Millionen DM, Kreditaufnahme Land Berlin 200 Millionen DM.)

Bereits am 26. Februar 1965 habe ich in der Haushaltsdebatte, und zwar - wie sich jetzt herausstellt - zu Recht, darauf hingewiesen, daß nicht zuletzt wegen der die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit verletzenden globalen Minderausgaben und der unrealistischen Veranschlagung einiger Etatpositionen, z.B. bei der Bundesbahn, das fiktive Etatvolumen nicht eingehalten werden könne. Der Bundesfinanzminister hat zu diesem Thema der Risikobelastung des Haushalts-Solls am 12. Januar dieses Jahres vor dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages einige bemerkenswerte Ausführungen gemacht und unter anderem festgestellt, daß "die Tatsache, daß nichts an globalen Minderausgaben herausgewirtschaftet werden muß, ein im Gegensatz zu früheren Jahren vermindertes Risiko des Haushaltsentwurfs 1966" sei.

Vom Bundesfinanzminister wurde weiter erklärt, der Haushaltsentwurf für 1966 würde mit einer Abschlußsumme von 69,15 Milliarden DM die Ist-Ausgaben des Jahres 1965 um 3,3 Milliarden DM übersteigen. Auch auf diese Weise errechnet sich das Haushalts-Ist 1965 im Werte von 65,8 Milliarden DM; das wären knapp 8 Prozent mehr als das Haushalts-Ist 1964 (ohne Berücksichtigung der Nebenfinanzierungen wie Öfffa etc. und ohne Berücksichtigung weiterer im Haushaltsplan nicht veranschlagter Positionen wie z.B. durchlaufende Summen aus Leertiteln).

* * *

Der Bundeshaushalt 1965 hat einen weit höheren Zuwachs als das real Bruttosozialprodukt aufzuweisen, das sich nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nur um 4,4 Prozent erhöhte. Der Bundeshaushalt 1965 ist der unter Mitwirkung der Bundesregierung zustande gekommenen EWG-Empfehlung nicht gerecht geworden, die den Zuwachs des öffentlichen Haushalts für 1965 auf + 5 Prozent beschränken wollte. Die

Kotwendigkeit von Sparmaßnahmen für den Bundeshaushalt wurde bei der Bundesregierung leider zu spät erkannt. Die Sachverständigen kommen daher zu dem Ergebnis, daß "ein forciertes Wachstum der Staatsausgaben im Jahre 1965 die konjunkturellen Auftriebskräfte erheblich verstärkt hat" (Ziffer 139).

1966 soll der Haushalt nach dem Regierungsentwurf auf ein Volumen von 69,15 Milliarden DM anwachsen. Die Steigerung gegenüber dem Haushalts-Soll beträgt + 5,2 Milliarden DM, das sind + 8,1 Prozent. Die Bundesregierung möchte klarmachen, daß der Bundeshaushalt nur eine Zuwachsrate von 5 Prozent aufweist. Das erreicht sie dadurch, daß sie die Soll-Ausgaben 1966 in Beziehung setzt zu den Ist-Ausgaben 1965. Dieser Vergleich zwischen ungleichen Rechengrößen ist mindestens methodisch nicht einwandfrei. Zudem nützt dieser Trick nichts, weil mittlerweile feststeht, daß auch dieser angebliche Ertatzuwachs von nur 5 Prozent nicht den realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts im Jahre 1966 entsprechen wird. Es ist anzunehmen, daß das Bruttosozialprodukt im laufenden Jahr real nur um etwa 3,5 Prozent zunimmt. Das ist eine neue Tatsache, mit der wir uns aufgrund der soeben veröffentlichten Zahlen in "Wirtschaft und Statistik" für das Jahr 1965, die dem Sachverständigenrat noch nicht vorlagen, auseinandersetzen haben. Hinzu kommt, daß sich nicht nur im Jahre 1965 bereits das reale Sozialproduktwachstum erheblich stärker als erwartet abgeschwächt hat, sondern daß auch die Auftragseingänge und die Produktionsindizes der letzten Monate des vergangenen Jahres eine weitere Abschwächung des konjunkturellen Verlaufs vermuten lassen.

* * *

Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Sachverständigenrat eine Anregung geben: Es würde seine gutachtliche Stellungnahme noch stärker fundieren, wenn die Wirtschaftsentwicklung nicht nur real von der Nachfrageseite her vorausgeschätzt würde, sondern auch die reale Angebotsentwicklung. Bei einer differenzierteren Angebotsschätzung, etwa nach 10 Wirtschaftsbereichen, ergeben sich noch zusätzliche wichtige Erkenntnisse über die Entwicklung der Produktivität. Ich gehe von der Annahme aus, daß der Sachverständigenrat nach dem neuesten Stand der wirtschaftlichen Entwicklung mit mir zu der Auffassung gelangen könnte, daß ein realer Wachstumszuwachs von 4 Prozent für 1966 als optimistisch angesehen werden muß.

* Dabei gehen die Anforderungen der öffentlichen Hand immer noch, wie man es auch drehen und wenden mag, über die Rate des Produktivitätsfortschritts hinaus. Der Fiskus tut genau das, was er anderen stets zum Vorwurf macht: er verlangt mehr, als der Produktivitätszuwachs hergibt.

Außerdem verschweigt er die Folgewirkungen und Ausgabeverschiebungen, die durch das verabschiedete Haushaltssicherungsgesetz verschleiert worden sind. Die jetzige Etatsituation ist so, daß die Haushaltspläne für 1967 - in einer Phase also, in der der reale Sozialproduktszuwachs sich noch weiter abschwächen kann - und für 1968 keinen weiteren Expansionspielraum bzw. keine zusätzliche Manövrierreserve mehr enthalten. Darauf habe ich bereits in der Aussprache zur Regierungserklärung hingewiesen.

Ähnlich hat sich auch der Sachverständigenrat geäußert:

* "Für 1966 kommt es darauf an, daß von den übertriebenen Mehrausgaben
* möglichst viel gestrichen wird, zumal die Mehreinnahmen des Haushaltsjahres 1967 bereits durch proportional und überproportional ansteigende Ausgaben nahezu völlig blockiert sind. Ein bloßes Vertagen um ein Jahr vermehrt nur die Probleme in der Zukunft, es sei denn, daß die gewonnene Atempause dazu genutzt wird, den Bundeshaushalt systematisch von allen Lasten zu befreien, die aus der Vergangenheit überkommen und unter den veränderten Umständen nur noch Ballast sind." (Ziffer 157)

* * *

In der Bundestagsdrucksache V/127, die eine Stellungnahme über Bundesregierung zu dem Zweiten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung enthält, weist die Bundesregierung darauf hin, daß alle "Verantwortlichen im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben ihre Beschlüsse und Forderungen gleichzeitig und gleichermaßen auf die Stabilisierung" auszurichten hätten (III,9). Zu diesem Hinweis ist anzumerken, daß nach dem Gutachten (und das ist auch meine Meinung) der Staat die Hauptverantwortung trägt. Nach Meinung der Sachverständigen liegt die Verantwortung des Staates vornehmlich auf finanzpolitischem Gebiet. Es muß noch festgestellt werden, daß die Gutachter bei der Berechnung einer zulässigen Steigerungsrate von dem Haushalts-Soll 1965, also von 63,9 Milliarden DM, ausgegangen sind, da bei der Fertigstellung ihrer Arbeit noch nicht zu übersehen war, daß die Ist-Ausgaben das Soll um etwa 2 Milliarden DM übersteigen würde (ohne Berücksichtigung der Finanzierungen außerhalb des Etats).

* * *

Aber ich meine, so einfach liegen die Dinge gar nicht, als daß man nur mit prozentualen Zuwächsen und Anteilen am Sozialprodukt argumentieren darf. Die wirtschaftliche Entwicklung ist seit der Fertigstellung des Gutachtens nicht ganz dieselbe geblieben. Die Konjunkturabflachung wird sich bei weiterer Differenzierung in den einzelnen Branchen wohl noch fortsetzen.

- * Eine globale Kürzung des Haushalts nach der Zauberformel 4
- * (Produktivitätssteigerung) + 2 (Inflationsrate) ist problematisch.

Es gibt Phasen, in denen der Staatsverbrauch schneller wachsen muß als andere Aggregate des Sozialprodukts. Es gibt kein volkswirtschaftliches Grundsatzschema, nach dem sich das Haushaltsvolumen ausrichtet, sondern es geht hier um die Aufstellung von Prioritäten, also um eine Rangliste der im Augenblick - innerhalb der gegebenen konjunkturellen Situation - durchführbaren Aufgaben. Zum Beispiel "die Finanzprobleme auf Kosten der Bildungsinvestitionen lösen zu wollen, wäre sicher kein guter Beginn für eine am Ziele des angemessenen Wachstums orientierte, vorausschauende Finanzpolitik" (Ziffer 159). Diese Überlegung ist also auch im Gutachten der Sachverständigen zu finden.

Was die vierprozentige Orientierungsgröße betrifft,

- * so kann man die Anstoßwirkung auf die wirtschaftliche Situation einschließlich der Geldwertentwicklung nicht allein unter dem Gesichtspunkt des Haushaltsvolumens betrachten, sondern hat der Ausgabenverwendung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Kassenabschlüsse besagen zum Beispiel nichts über die öffentliche Auftragsvergabe, deren ökonomische Wirkungen außerdem nicht an das Kalenderjahr gebunden sind.

* * *

Notwendige Kürzungen müssen unter ökonomischen Gesichtspunkten vorgenommen werden, d.h.: die konsumtiven Mehrausgaben im Etat sind grundsätzlich zu durchforsten. Vor allem zugunsten der Bauinvestitionen, bei denen - vornehmlich auf dem Gebiet des Straßenbaus - die Kapazitätsauslastung zu wünschen übrig läßt, müßte eine Umstrukturierung des Kürzungsprogramms erfolgen.

Die Subventionen hätten längst auf ihre ökonomischen Auswirkungen hin überprüft werden müssen. Da sich die Bundesregierung bisher nicht für Vorrangigkeiten irgendwelcher Interessentengruppen hat entscheiden können, wäre, bis eine endgültige Übersicht fertiggestellt ist, einmal die Möglichkeit der gleichmäßigen Kürzung aller Subventionen um einen gewissen Prozentsatz überlegenswert. Anstelle weiterer Subventionen nach dem Gießkannenprinzip könnten mit diesen freigesetzten Beträgen die Straßenbauinvestitionen gefördert werden.

Es ist Aufgabe einer zielbewußten Wirtschaftspolitik, bei Zeiten Anpassungsprozesse, die wachstumsnotwendig sind, zu unterstützen. Wir hätten so eine Möglichkeit, in Zeiten schwächeren Wachstums - unter Vermeidung sozialpolitischer Härten - die Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen und damit das reale Wachstum des Sozialprodukts zu steigern.

Die Bundesrepublik Deutschland wird sich mit der Tatsache beschäftigen müssen, daß sie einen Anpassungsprozeß durchlaufen muß, wie dies andere Länder vor uns erlebt haben, z.B. Italien und Frankreich. Beide Staaten sind auf dem Wege, ihre Schwierigkeiten zu überwinden. Nur die Bundesrepublik hat trotz der Empfehlungen der EWG bisher keine Anpassungsmaßnahmen an das abgeschwächte Wachstum eingeleitet. - Die Erhöhung der Steuerdeckungsquote (Ziffer 193) bedeutet kein Allheilmittel, da diese Steuermehreinnahmen vermutlich wiederum gerade dort zu Mehrausgaben führen, wo wir sie am wenigsten gebrauchen können. Ein solches Verhalten zieht dann zwangsläufig Preissteigerungen nach sich.

Im übrigen muß an dieser Stelle auf die Stellungnahme der OECD zur Fiskalpolitik (siehe Bulletin vom 18. Januar 1966) hingewiesen werden, in der u.a. erklärt wurde, daß von den vier größeren Einkommensteuersenkungen in der Nachkriegszeit (1953, 1955, 1958 und 1965) nur eine, nämlich die von 1958, in diesem Sinne zeitlich gut abgestimmt war. Die Steuersenkungen von 1955 und 1965 traten in Kraft, als man besorgt war wegen übermäßiger Steigerung der Nachfrage und der Preise.

Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die zu einer Umstrukturierung des Etats von den konsumtiven zu den investiven Ausgaben zwingen, ohne daß die Notenbank dem Bund weitere Kreditmöglichkeiten gewährt. Für die Anleihenpolitik der öffentlichen Hand wären entsprechende Sperren einzubauen, damit eine allmähliche Lockerung der Restriktionspolitik für die Privatwirtschaft da, wo sie konjunkturell notwendig ist, einsetzen kann.

Im übrigen scheint mir ein Haushalts-Soll mit einer tatsächlichen Zuwachsrate von 5 Prozent im Sinne der Haushaltswahrheit und -klarheit, das in den Ist-Ausgaben unter Berücksichtigung der ökonomischen Gegebenheiten eingehalten wird, aufgrund der neuesten Wirtschaftsdaten eher ein wirtschaftlicher Stabilisierungsfaktor zu sein als weitere Kürzungsvorschläge. Es kommt entscheidend darauf an, gerade in diesem Jahr an der richtigen Stelle Impulse zu geben, wie zum Beispiel beim Straßenbau, und an den wichtigen Positionen, also bei zu starken konsumtiven Ausgaben, zu bremsen. - Es gibt keine vernünftige Verteidigung einer Inflationsrate, wenn die These von der Preisstabilität nicht nur ein Lippenbekenntnis sein soll. Außerdem gibt es keine aus der Gesamtrechnung zwangsläufig ableitbare Formel, daß 1 Prozent Mehrausgaben auch 1 Prozent Preissteigerung nach sich zieht (Ziffer 191 d). Ich möchte mich hier der Stellungnahme der Bundesregierung (V, 19) anschließen.

Erfolg oder Mißerfolg eines Unternehmens finden ihren sichtbaren Ausdruck in der Bilanz über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Bilanz der Wirtschaftspolitik für 1965 hat uns ein Milliarden-Defizit beim Bundeshaushalt und eine Preissteigerungsrate beim Preisindex für die Lebenshaltung von Januar bis Dezember von 3,4 Prozent gegenüber 2,3 Prozent im Jahre 1964 beschert. Die Bundesregierung sollte daher dankbar sein für die Anregungen, die der Sachverständigenrat für die Wiederherstellung der Preisstabilität in zwei Jahresraten gibt. Der Bundestag ist jetzt aufgerufen, energisch und zielbewußt zu handeln.

+ + +

- 2 -

Erscheint auch in der
"Rhein-Kecker-Zeitung"
am 16. Februar 1966

Bereit zur Versöhnung

Botschaft der Vertriebenen - Eine notwendige Erinnerung

sp - Die seit Monaten anhaltende Diskussion über die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur "Lage der Vertriebenen und zum Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" ist jetzt durch eine Stellungnahme des SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs wesentlich vereinfacht worden. In seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen erinnerte er in Jüna vor heimatvertriebenen Bauern daran, daß der BdV bereits im August 1959, anlässlich des 20. Jahrestages des Kriegsausbruchs, in einer Erklärung an das polnische Volk seine Bereitschaft zur Versöhnung proklamiert hat. Die von Rehs zitierte Botschaft hat folgenden Wortlaut:

- * "Zwanzig Jahre sind vergangen, seit Hitler, gestützt auf seinen Pakt mit Stalin, durch den Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat. Dieser Krieg und seine Folgen haben Polen und Deutsche in maßloses Unglück gestürzt.
- * Das Bewußtsein des Unheils, das mit der Erinnerung daran verbunden ist, mahnt zur Selbstbesinnung.
- * Die Welt ist ohne Ordnung. Die Menschheit erachtet den Frieden. Dazu gehört auch eine Klärung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf der Grundlage von Recht und Freiheit.
- * Heute steht das Doppelproblem der Vertreibung und der Grenzen zwischen uns.
- * Wir deutschen Heimatvertriebenen haben unbeschadet unseres Rechtsstandpunktes gegenüber den offiziellen polnischen Äußerungen immer wieder diese Notwendigkeit und die Bereitschaft zu einer einvernehmlichen, friedlichen Lösung betont.
- * Der Bund der Vertriebenen hat bereits mehrfach die Aufnahme kultureller Beziehungen mit Polen als einer Vorkereitung politischer Gespräche befürwortet.
- * Die deutsch-polnische Situation kann nicht isoliert werden. Sie ist in die Spannungen einbezogen, die von den Kräften und Interessen der Weltpolitik bestimmt werden. In dieser Lage kommt es auf den Willen und die Gesinnung beider Völker an. Die beiderseitige Anerkennung der Prinzipien der Gerechtigkeit und der Menschenwürde ist die sicherste Grundlage für die Lösung der gemeinsamen Probleme."

Diese Proklamation hat großes Gewicht; sie wurde von der BdV-Bundesversammlung, dem höchsten Legislativorgan des Bundes der Vertriebenen und der vereinigten Landsmannschaften beschlossen. Leider ist sie bisher kaum beachtet worden. Die Vertriebenen haben also bereits vor sieben Jahren feierlich verkündet, was die Autoren der EKD-Denkschrift in den Mittelpunkt ihrer Anregungen stellen; die Versöhnung mit dem polnischen Nachbarvolk.

VOR ZWANZIG JAHREN

Grotewohls Verrat

Von Harald Frisch

Zu Beginn des Jahres 1946 hatte Otto Grotewohl bereits den Blick für die Realität des kommunistischen Anspruches auf die Alleinherrschaft in der sowjetischen Besatzungszone verloren. Obwohl Anfang Januar 1946 in einer Delegiertenversammlung der SPD in Hannover und Frankfurt Beschlüsse gefaßt worden waren, wonach die Verschmelzung von SPD und KPD einmütig abgelehnt wurde, versuchte Grotewohl in Berlin, weiterhin die Bildung einer sogenannten Einheitspartei voranzutreiben.

In der Entschließung von Hannover hieß es, "daß die Möglichkeit für eine Einigung aller Arbeitenden solange nicht gegeben ist, wie die Beteiligten nicht volle tatsächliche geistige und politische Unabhängigkeit von jeder ausländischen Macht bewiesen." Um diese Unabhängigkeit durchzusetzen, fehlte es Grotewohl an Zivilcourage, oder aber er hing naiven politischen Vorstellungen an. Es ist kaum verständlich, daß Grotewohl an die Möglichkeit eines Widerstandes gegen die kommunistischen Forderungen nicht dachte, als Ende Januar die Kommunisten die Forderung auf Verschmelzung der beiden Parteien in der sowjetischen Zone stellten. Grotewohl hätte sich leicht auf vorhergehende Vereinbarungen berufen können, die besagten, eine Vereinigung käme nur auf gesamtdeutscher Ebene nach Zustimmung der Parteitage in Frage.

Stattdessen vertrat er die kommunistischen Forderungen bei einem Treffen mit Schumacher am 8. Februar in Braunschweig, ohne daß die Härte, Zielklarheit und Unbeugsamkeit der westdeutschen Sozialdemokraten den geringsten Eindruck auf ihn machte. Er erklärte Schumacher, daß die Verschmelzung mit der KPD und das Tempo dieses Prozesses nicht mehr beeinflussbar sei. - Unbegreiflich, wie Grotewohl trotzdem hoffen konnte, daß nach der Verschmelzung ein sozialdemokratischer Einfluß durchzusetzen sei. Schumacher fragte ausdrücklich: "Lebt ihr wirklich in dem Glauben, daß die Kommunisten Abmachungen und Bindungen in dieser Richtung respektieren werden?" - Grotewohl antwortete, er zweifle zwar, die westdeutschen Parteiorganisationen ja aber auch nicht unabhängig seien, die CDU auf die katholische Kirche zu hören habe, die SPD auf die westlichen Besatzungsmächte. Hier deuten sich schon die bis heute üblichen Beschimpfungen an, die in diesem Zusammenhang sehr deutlich zeigen, wie weit Grotewohl selbst innerlich eine Wendung zum Kommunismus vollzogen hatte. Deshalb wollte er auch nichts von einer Auflösung der Parteiorganisation der SPD in der sowjetischen Zone wissen, so wie es Schumacher vorschlug, sondern bereitete weiter die Verschmelzung vor.

Nach seiner Rückkehr aus Braunschweig nach Berlin trat Grotewohl auf einer Sitzung des Zentralaussschusses am 11. Februar unter Hinweis auf seine ergebnislose Unterhaltung mit Schumacher für eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auf Zonenbasis ein. Unerwartet kam in diesem Gremium Widerstand. Man war sich wohl weitgehend der Tragweite einer solchen Entscheidung bewußt geworden. Trotzdem gelang es Grotewohl, eine Resolution mit knapper Mehrheit zur Annahme zu bringen, die sich für eine Verschmelzung der beiden Par-

teien aussprach, die dann zu einer Abstimmung einem "Parteitag für die sowjetische Besatzungszone einschließlich Berlin" vorgelegt werden sollte.

Innerhalb eines Monats war Grotewohl sich und seinen eigenen Worten untreu geworden, hatte eine verhängnisvolle Wendung vollzogen, die mit sozialdemokratischen Zielen nichts mehr gemeinsam hatte. Trotzdem scheiterte die SPD nicht an diesem Verrat. Auf der Funktioniärkonferenz der SPD vom 20. Januar hatten sich einige oppositionelle Kräfte gefunden, die jedoch noch nicht zu einer koordinierten Einheit fanden. Den ersten Schritt auf diesem Wege tat der damalige SPD-Vorsitzende des Kreises Tempelhof, Curt Swolinzky. Am 9. Februar lud er einige Freunde, deren Gegnerschaft gegenüber dem Zentrallausschuß bekannt war, zu einer Unterredung ein. Diese Einladung ging wegen der damaligen Postzustellverhältnisse meistens erst nach dem 14. Februar ein, hatte also ungewollt einen höchst aktuellen Bezug auf die Zentrallausschußsitzung, auf der Grotewohl endgültig umgefallen war.

Am 14. Februar prüfte die sich herauskristallisierende Opposition in der SPD bei Swolinzky Möglichkeiten, eine Verschmelzung mit der KPD im letzten Augenblick zu verhindern. Man einigte sich, eine sich günstig bietende Gelegenheit entschlossen zu nutzen. Für den 17. Februar hatte der Zentrallausschuß und der Bezirksvorstand zu einer Kreis- und Abteilungsleiterkonferenz eingeladen. Auf dieser Konferenz wollte man beiden Körperschaften das Mißtrauen aussprechen.

Nach Eröffnung der Versammlung gelang es der Opposition, die vorgesehene Tagesordnung abzusetzen, als Tagesordnungspunkt den eigenen Mißtrauensantrag einzubringen. In der Debatte kam deutlich zum Ausdruck, daß es bei der zur Verhandlung stehenden Frage nicht mehr um das Problem Kapitalismus - Sozialismus, sondern um den Gegensatz Demokratie - Diktatur gehe. Trotz dieser erstmals offen ausgesprochenen Alternative gelang es Grotewohl noch einmal in einer geschickt angelegten Erwidrerung einen großen Teil der Delegierten, die anfangs den Mißtrauensantrag unterstützten, wieder umzustimmen. Der Zentrallausschuß brachte eine verschwommene Resolution ein, die dann mit knapper Mehrheit angenommen wurde.

Der erste planmäßige Vorstoß der Berliner SPD-Opposition wurde so abgefangen. Mitte Februar 1946 gab es noch keine politisch stabile Mehrheit innerhalb der SPD als Grundlage für die Führung eines Freiheitskampfes. Doch sollte es nicht mehr lange dauern, bis der Freiheitskampf der SPD weltweites Echo fand, man sich damit im westlichen Ausland von der Vorstellung zu trennen begann, daß alle Deutschen bereit waren, sich einer neuen Diktatur zu beugen.

Buchbesprechung

Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie

Europa 1918 - 1938

Das Werk des aus dem deutsch-böhmischen Riesengebirge stammenden Autors*) ist die erste wissenschaftliche Analyse über den Vorfall der Vorkriegedemokratie und den Aufstieg des Nationalsozialismus, die nicht versucht, diese Erscheinungen auf einen einzigen Grund zurückzuführen, sondern die von Anfang an methodologisch mit einer Reihe von interdependenten Gründen rechnet. In seinem Vorwort zu diesem Buch rühmt der Harvard-er Politikwissenschaftler Carl J. Friedrich, der zugleich Ordinarius in Heidelberg ist, die große Objektivität und Gelehrsamkeit von Newman's Buch.

Um so erfreulicher ist es, festzustellen, daß man hier das einmalige Verdienst der SPD und auch der anderen europäischen Bewegungen um die Entwicklung und Förderung der Demokratie schlechthin besonders klar umrissen sieht. Wer die Rolle der Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert, verglichen mit anderen Bewegungen, besser verstehen lernen will, wird hier viel instruktives Material finden.

Newman hebt die große Prinzipientreue der Sozialdemokratie hervor, an der die Partei unter allen Umständen festhielt, auch dort, wo es ihr vorübergehend zum Nachteil gereichte. So hätte eine Hinwendung zum Mehrheitswahlrecht beim Weimarer Verfassungswerk der SPD, jedenfalls zusammen mit der USPD zweifellos stabile Mehrheitsregierungen garantiert. Das aber konnte die Partei, eben wegen ihrer früheren Propagierung des Proporzwahlrechts nicht vertreten. Die Partei hätte sich stets durch ihre Treue zum Parlamentarismus, zum Stimmzettel - kurz, durch ihre Verteidigungsbereitschaft von Recht und Freiheit ausgezeichnet - und das ohne Rücksicht auf die Tagespolitik. Newman sieht zweifellos in der SPD die "unmachiavellistischste Bewegung" Europas und vielleicht der ganzen Welt, eine Partei, in der die führenden Männer nicht zögerten, momentane politische Vorteile, ja selbst ihr eigenes Leben, ihre persönliche Freiheit und Gesundheit den höherstehenden Idealen der Ethik und des Rechts zu opfern.

Zwischen den Grundsätzen der sozialdemokratischen Bewegung und den naturrechtlichen Postulaten des Humanismus und eines aufgeklärten Christentums erblickt Newman keinen echten Unterschied. In den Jahren zwischen 1930 und 1933 gehörte wohl der Verfasser, mit vielen anderen in der SAJ und der Eisernen Front zu denen, die die defensive Haltung Brauns und Severings verurteilten. Doch im Lichte dessen, was später in Österreich im Jahre 1934, beim Aufstand des Republikanischen Schutzbundes geschah, fragt er sich nun, ob am 20.

*) Karl J. Newman, Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie, Europa 1918 - 1938, Köpenheuer & Witsch, Köln-Berlin, DM 36, -

Juli 1932 das Reichsbanner und die Hammerschaften, selbst mit der Polizei, gegen die Reichswehr, den Stahlhelm, die SA und SS erfolgreich gewesen wären.

Hinsichtlich Österreichs hebt Newman ganz besonders die völkerverlöhnende Rolle der altösterreichischen Sozialdemokratie hervor, wie sie sich in den Kulturautonomievorschlägen Karl Renners zeigte, die aus dem bereits morschen Habsburgerstaat eine demokratische und sozial fortschrittliche Donauföderation hätte schaffen können, in der es Wohlstand und Freiheit für alle Völker gegeben hätte. Diese internationale Rolle der altösterreichischen Sozialdemokratie habe ihre Fortsetzung in den sozialistischen Bewegungen der Nachfolgestaaten gefunden. Obwohl z.B. die Sudetendeutschen gegen ihren Willen in das tschechoslowakische Staatsgefüge integriert wurden, habe die alte Tradition genügend nachgewirkt, um eine Zusammenarbeit zwischen deutschen, tschechischen, ungarischen und slowakischen Sozialdemokraten zu ermöglichen, die dieses Land als demokratische Bastion gegen Hitler und als Zufluchtort der demokratischen Flüchtlinge bis 1938 hielten. In der österreichischen Republik habe sich die Sozialdemokratie nicht nur gegen die lokale faschistische Heimwehr, sondern auch gegen Hitlers und Mussolinis aggressiven Pläne fast allein verteidigen müssen.

In origineller Weise zeigt der Verfasser die sozialpsychologischen Propaganda auf und seine Analyse schürft sehr tief, um die Methoden darzustellen, mit denen es Hitler gelang, eine pluralistische Gesellschaft in einen totalitären Sklavenstaat und eine terroristische Kriegsmaschine zu verwandeln. Nach Newman ist jedoch der Terror nicht das primäre, sondern das sekundäre Element im NS-Staat gewesen. Die Grundidee aller Hitlerschen Politik war die Täuschung. Er täuschte alle: Weimar, die deutschen Konservativen, die christlichen Kirchen, die Westmächte und zuletzt auch Funktionäre und Mitglieder der NSDAP.

Daß die SPD beim Ermächtigungsgesetz des Jahres 1933 als einzige Partei gegen Hitler zu stimmen wagte, erscheint bei Newman als logische und unausweichliche Folge ihrer Pionierarbeit für die mitteleuropäische Demokratie. Der Autor bedauert die mangelnde Solidarität der westlichen Demokratien und vergleicht zutreffenderweise die Abwehrmittel und Einsatzbereitschaft des Westens der Jahre 1933 - 1938 mit denen von Weimar in den Jahren 1930 - 1933. Er leugnet, daß die Appeasement um Neville Chamberlain und Lothian nur aus redlicher Angst um den Frieden zu Konzessionen an Hitler und Mussolini bereit waren und erklärt, daß sie weniger aus Furcht vor dem Kommunismus die Nazis unterstützten, sondern eher aus Besorgnis vor einem Durchbruch einer spontanen sozialdemokratischen Bewegung, die schon damals in England mit einem Sieg der Labour-Party die Vormachtstellung der Aristokratie hinweggefegt hätte.

In seinem Ausblick äußert der Autor die nicht unbegründete Befürchtung, daß Interessenslosigkeit und Passivität der Staatsbürger zur Aushöhlung der Demokratie führen könnten. Das 533 Seiten lange Werk schließt mit folgenden Sätzen: "Der Sieg der Freiheit ist nur dann möglich, wenn sich der demokratische Staat nicht nur auf die Befriedigung der Wünsche der animalischen Seite der menschlichen Natur beschränkt, sondern durch entsprechende Förderung von Schule und Kultur die Höherentwicklung des Menschen fördert. Außerdem müssen Wahlrecht und Freiheitsrechte nicht nur gefestigt und erhalten, sondern auch gesteigert und erweitert werden. Lebensformen müssen gefunden werden, die den Menschen aus seiner Einsamkeit und Unsicherheit befreien. Es müssen ihm Alternativen geboten werden, die Teilnahme an der Wirtschaftsgestaltung und Mitbestimmung in der Politik."